



Portrait: Günter Garbrecht (SPD)



Günter Garbrecht ist Sozialpolitiker mit Leib und Seele. Das Schicksal von Menschen am Rande der Gesellschaft, von Armen und Alten, von Arbeitslosen, von Drogen- und Alkoholabhängigen, von AIDS-Kranken und Behinderten lässt dem Bielefelder Sozialdemokraten, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, keine Ruhe. Mit mittlerweile 64 Jahren setzt er sich mit derselben Leidenschaft und demselben Elan für die ein, die sich selbst kaum äußern können und am dringendsten auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, wie zu Beginn seiner politischen Karriere.

Dabei wird er sich nahezu jeden Tag aufs Neue bewusst, dass Sozialpolitik im Land bedeutet, dass ganz dicke Bohlen gebohrt werden müssen. Die „Oberregulierer“, wie er sie nennt, sitzen im Bundesministerium und im Bundestag in Berlin, da drüber noch die Eurokraten in Brüssel, für die konkrete Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen sind die Kommunen zuständig, „und das Land hängt als Zwitter irgendwo dazwischen“. Es fehle an einer eindeutigen Zuordnung, alles sei miteinander verzahnt und verzweigt. Trotz dieser schwierigen Gemengelage ist Garbrecht stolz darauf, was seit seinem Eintritt in den Landtag vor fast 14 Jahren auf diesem Gebiet erreicht wurde, vor allem natürlich auf das, was die rot-grüne Koalition unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zunächst als Minderheitsregierung und seit 2012 mit stabiler Mehrheit bewegt hat. Nur wenig ist spektakulär, vieles hat nicht einmal den Weg in die Nachrichten gefunden, für die Betroffenen war es aber oft eine große Hilfe. Dabei geht es um eine bessere Infrastruktur bei der Pflege, die es alten Menschen ermöglicht, in ihrem vertrauten Zuhause zu bleiben, um eine bessere Finanzierung der Altenpflege, um den Beruf des Pflegers für junge Leute attraktiver zu machen, um konkrete Hilfen für Sucht- und Drogenkranke, die oft von der Politik ausgegrenzt werden, ein Politikfeld, das Garbrecht auch aufgrund seiner persönlichen Geschichte besonders nahe ist.

Ein nach wie vor umstrittenes Gesetz, mit dem er sich als Ausschussvorsitzender intensiv beschäftigen musste, hat sogar sein eigenes Leben massiv verändert. Nicht zuletzt unter dem Einfluss des Nichtraucherschutzgesetzes der rot-grünen Koalition hat sich Garbrecht nach fast 50 Jahren intensiver Qualmerei zum Nichtraucher gewandelt, seit über zwei Jahren hat er keine der früher so geliebten schwarzen französischen Glimmstengel angefasst.

Auf seine Vergangenheit als linker Gewerkschafter und leidenschaftlicher Kämpfer gegen die Notstandsgesetze ist Garbrecht heute noch so stolz, dass er am liebsten rote Schlipse und rote Hosenträger trägt. Ein Parteisoldat, der alles gut findet, was Vorsitzende und Vorstände verkünden, ist er dabei nie gewesen. Noch heute regt er sich über die geschönten Statistiken zur Ausbildungssituation junger Leute auf, und dabei ist es ihm egal, ob sie von seinen Parteifreunden Andrea Nahles im Bund oder Guntram Schneider im Land verkündet werden. „Schönfärberische Reden kann ich auf den Tod nicht ausstehen, egal, wer sie hält.“ Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Fakten so zur Kenntnis nimmt, wie sie wirklich sind, und nicht sich und anderen etwas in die Tasche lügt, ist er überzeugt.

Mehrfach ist der in seiner Heimatstadt Bielefeld fest verankerte Sozialpolitiker gefragt worden, ob er nicht für den Bundestag kandidieren wolle. Doch das kam für Garbrecht nie infrage, die Luft im politischen Klima der Bundeshauptstadt ist ihm zu dünn. Vor 14 Jahren war er aus der Schichtarbeit in einem Unternehmen der Metallindustrie in den Landtag gewechselt, damit nicht nur Gewerkschaftssekretäre, sondern auch Arbeiter von der Werkbank und somit Arbeitnehmerinteressen in der Landespolitik vertreten sind. „Im Landtag kann man sich noch immer erden, das ist im Bundestag schon sehr viel schwieriger“, ist Garbrecht überzeugt.

Auf den Fluren des Landesparlaments ist Garbrecht mittlerweile eine Art Institution, Freunde hat er in allen Fraktionen und respektvoll reden auch die von ihm, die seine politischen Überzeugungen nicht teilen. Unüberhörbar ist der Bielefelder auf jeden Fall, seine markante Stimme ist auch dann zu vernehmen, wenn die Mikrofonanlage ausfällt. Trotz aller Sympathie und Wertschätzung, die ihm entgegengebracht werden, ist für ihn mit Ende der Legislaturperiode unwiderruflich Schluss, mit dann 67 Jahren will er 2017 nicht noch einmal für den Landtag kandidieren. Dann will er die Bücher lesen, für die er jetzt nur selten Zeit hat, dann will er häufiger zu Hause am Herd stehen und seine Freunde mit selbstgemachter Marmelade überraschen. Ganz ohne ehrenamtliches Engagement im Bereich der Sozialpolitik wird es dann allerdings auch nicht gehen.

Peter Jansen

Gesetze vorab unter die Lupe

Was ist gute Gesetzgebung? Noch im Entstehungsprozess untersucht ein unabhängiges Gremium aus ehrenamtlichen Fachleuten Gesetzentwürfe auf Folgen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Das Ziel ist es, Bürokratie abzubauen und Bürokratiekosten zu verringern. Sie überprüfen, ob der Gesetzestext klar und möglichst einfach formuliert ist. So wird das auf Bundesebene seit sieben Jahren gehandhabt, denn dort gibt es einen sogenannten Nationalen Normenkontrollrat, der genau solches tut. Das Land Sachsen schlägt den Weg ebenfalls ein. Nun prüft Nordrhein-Westfalen, ob ein solcher Rat auch hierzulande Sinn macht. Dazu haben Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) und die Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung Anfang Januar jede Menge Fachleute aus Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und Ministerien eingeladen.

Das Prinzip der Normenkontrolle ist einfach: Stellt sich heraus, dass in einem Gesetzentwurf Bürokratie- oder Folgekosten enthalten sind, soll der Gesetzestext noch einmal überdacht, möglicherweise überarbeitet werden, das Wissen über die festgestellten Implikationen im Hinterkopf. Kosten und Nutzen des politischen Gewollten werden noch einmal neu gegeneinander abgewogen. Dann erst kommt der Entwurf auf den Kabinetttisch und ins Parlament.

Ob Nordrhein-Westfalen einen solchen Normenkontrollrat bekommen wird, blieb an dem Abend offen, Justizminister Thomas Kutschaty sagte aber zum Schluss, er nehme eine Menge Anregungen mit.

sow

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer & Axel Birkenkämper (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de

